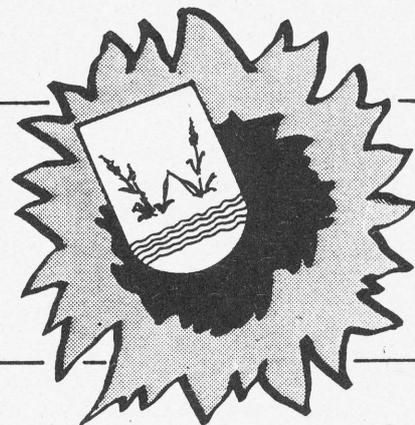


# DER GRÜNE BOTE

2/88



## Schrottreaktor Obrigheim abschalten !!!

Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Atomkraft, das sagen alle Umfragen übereinstimmend aus. Trotzdem: der Ausstieg hat noch nicht begonnen. Geht man nach Alter und Reaktor-Unsicherheit, dann muß der Ausstieg in unserer Nachbarschaft zuerst beginnen: beim Atomkraftwerk Obrigheim. Atomkatastrophen und Untersuchungen über die Zunahme von Blutkrebs (Leukämie) in der Nachbarschaft von Atomkraftwerken haben in Obrigheim bekanntlicherweise nicht dazu geführt, daß die Dorfmehrheit sich gegen das Kraftwerk ausgesprochen hat. Geld, Profit, Geschenke und auch die vorhandenen Arbeitsplätze haben der Mehrheit der Obrigheimer den Blick für das inzwischen angewachsene Risiko verstellt. Verdrängung nennt sich das. Darauf setzt natürlich auch die Betreiberfirma.

Wir GRÜNEN in Wiesenbach haben aber weder Tschernobyl noch Harrisburg oder den Hanauer Atomskandal vergessen, und erst recht nicht den Atommeiler in unserer näheren Heimat. Wir wollen mit dazu beitragen, daß Atomkatastrophen bald für immer der Vergangenheit angehören - das geht nur mit einem sofortigen Ausstieg.

Das Atomkraftwerk in Obrigheim ist reif zur sofortigen Stilllegung. Wir Wiesenbacher liegen noch verdammt nahe an einem Reaktor, einem Schrottreaktor, der

- nicht ausreichend gegen Flugzeugabstürze gesichert ist, nichtsdestotrotz häufig überflogen wird

- als ältester bundesdeutscher Reaktor widerrechtlich seit 18 Jahren ohne Genehmigung in Betrieb ist

- nicht den Sicherheitsanforderungen genügt. Das Atomkraftwerk ist - was mittlerweile auch die Reaktorsicherheitskommission zugibt - nicht gegen den Bruch der Hauptkühlmittelleitung ausgelegt. Der Reaktordruckbehälter ist als Folge der Verwendung minderwertiger Werkstoffe und durch die permanente Neutronenbestrahlung an den Schweißnähten stark verprödet.

Auf Anzeige der GRÜNEN im Landtag wird gegenwärtig wegen illegalen Betriebes gegen das Kraftwerk ermittelt.

Wir meinen, daß wir im Gefahrenumkreis von Obrigheim nun handeln müssen - spät, aber nicht zu spät. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten Geld sammeln, um auf sofortige Stilllegung zu klagen, weil das Atomkraftwerk mit seinem miesen Sicherheitsstandard eine Bedrohung für unseren Raum ist. Wir sind übrigens überzeugt davon, daß die etwa 300 Beschäftigten alle anderenorts sinnvoll tätig werden können. Ob allerdings die Obrigheimer Vereine und die Gemeinde weiterhin mit millionenschweren Betonbauten beruhigt und beschwichtigt werden können, das bleibt abzuwarten.

(pk)

IN DIESER AUSGABE: "WAS IST MIT  
DEN GRÜNEN LOS ??... PET...  
GESUNDHEITSREFORM...  
AKW OBRIGHEIM.

## WAS IST MIT DEN GRÜNEN LOS?

Kränkelt die Sonnenblume? Fängt das hoffnungsvolle Pflänzchen an zu verdorren?

Das Hickhack verschiedener Strömungen im Bundesvorstand der Partei und in der Bundestagsfraktion geht langsam an die Substanz. Es überlagert nämlich sofort die notwendige Auseinandersetzung um die Sache, wie derzeit in der Frage nach dem Strafmaß für Vergewaltigung in der Ehe.

Gleichzeitig plagt viele Mitglieder, Freundinnen und Freunde der GRÜNEN ohnehin der Frust. Einigen geht es wohl nicht zügig genug voran mit der Partei. Sie vermissen schnelle und radikale Erfolge grüner Politik.

Andere wiederum wissen zwar, daß diese gegenwärtig nicht zu haben sind, aber ihnen fehlt der lange Atem im harten politischen Alltagsgeschäft.

Das Hauen und Stechen in Bonn tut noch ein übriges, man/frau zieht sich aus der Politik zurück. Hinzu kommt, daß die Altparteien mittlerweile bestimmte Fragestellungen, die die GRÜNEN aufgeworfen haben, geschickt aufgegriffen und damit auch in Wahlen Erfolge erzielt haben, so zuletzt die SPD in Schleswig-Holstein. Viele Menschen haben die schönen Worte zum Ausstieg aus der Atomenergie zunächst einmal für bare Münze genommen. Gleichzeitig hat die grüne Partei in mancher Hinsicht Züge angenommen, die denen der Altparteien gleichen.

Sie ist bürokratischer geworden, die Parlamentsfraktionen werden immer bestimmender, einzelne Personen in Führungsgremien versuchen sich in unerträglicher Weise wichtig zu machen, ganz wie ihre Kolleginnen von der bewährten Sommertheatertruppe der CDU.

Die GRÜNEN stecken also tatsächlich in einer Krise. Auch wenn es nicht so schlimm um sie steht, wie es

manche Presseleute zur Zeit tagtäglich schadenfroh glauben machen wollen: Die Selbstheilungskräfte der Partei müssen mobilisiert werden. Und diese Kräfte sind nach wie vor nicht zu unterschätzen. Es gibt zum Glück immer noch genug Dinge, die die GRÜNEN von den anderen Parteien unterscheiden, und die sie unentbehrlich machen. Da ist als erstes der Einfluß der Basis auf die Geschicke der Partei zu nennen. Und an der Basis funktioniert die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher Auffassung immer noch: Sie hat kein Verständnis für die Streitereien in Bonn.

Die GRÜNEN verfügen auf allen Parteebenen und in ihren Fraktionen über Fachleute in allen für unsere Zukunft bedeutsamen Fragen.

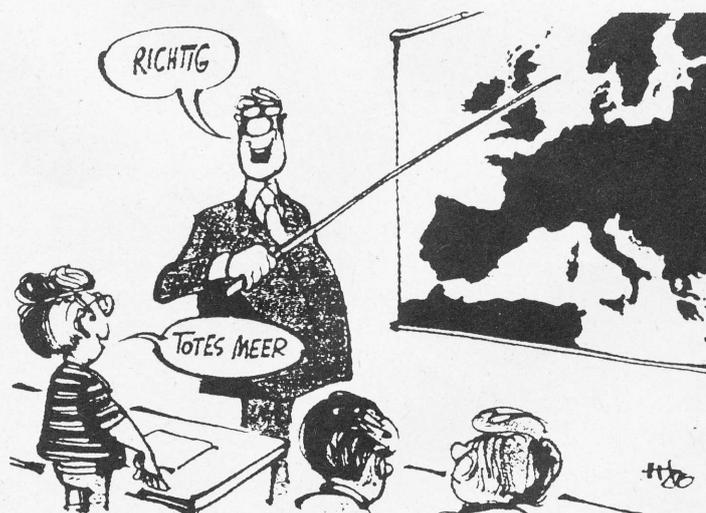
Die GRÜNEN haben - oft im Schatten des Flügelstreites - Konzepte entwickelt, die eine Alternative darstellen zur Politik der Altparteien.

Und das gilt nicht nur für den Umweltschutz, sondern z.B. auch für die Außenpolitik, die Sozialpolitik und den Ausbau der Demokratie in dieser Republik.

Die Bürgerinnen und Bürger verstärkt von diesen Konzepten zu überzeugen und sie mit ihnen weiterzuentwickeln, das ist ein Weg aus der Krise.

Die GRÜNEN Wiesenbach wollen diesen Weg gehen.

(In)



'Spiegel', aus dem Jahr 1980

Bonn, den 15.6.1988

PERSÖNLICHE ERKLÄRUNG

Aufgrund des SPIEGEL-Artikels vom 13. Juni 1988 wird in den Medien verbreitet, ich hätte "schwarze" Zahlungen aus der "Baukasse" der "Villa Wittgenstein" erhalten, mit denen Überstunden aus meiner Funktion als Geschäftsführer der Bundesgeschäftsstelle abgegolten worden seien. In diesem Zusammenhang wird der Ruch verbreitet, hier habe ein "Parteimanager" (Vieter läßt grüßen) große Summen in die eigene Tasche geschaufelt.

All dies trifft nicht zu, die Verhältnisse sind gegenteiliger Art.

Ich erhalte als Bundesgeschäftsführer seit 1982 in Anlehnung an BAT II A 13 Monatsgehälter von inzwischen knapp 2.900,-DM netto. Aufwandsentschädigung wird nicht gezahlt. Mein jährlicher Urlaubsanspruch beläuft sich auf 30 Tage. Meine vertragliche Wochenarbeitszeit betrug bis 1987 40 Stunden, danach 35 Stunden. Nach dem Vertrag sind meine Überstunden zu vergüten. Tatsächlich habe ich seit Beginn meiner Tätigkeit eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 - 60 Stunden, in Zeiten besonderer Belastung (Bundestagswahlkampf, Europawahlkampf, Vorbereitung von Bundesversammlungen und Bundeskongressen) eine wöchentliche Arbeitszeit von ca. 70 Stunden.

Bis heute habe ich nicht eine einzige Überstunde geltend gemacht oder bezahlt bekommen mit Ausnahme der Überstunden während der Tagungszeiten der Bundesversammlungen. Dies letztere auch nur, weil insofern eine einheitliche Regelung für alle MitarbeiterInnen der Bundesgeschäftsstelle besteht.

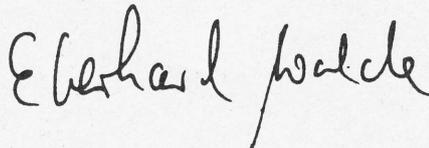
Meine Arbeitssituation wird auch dadurch verdeutlicht, daß mir heute ein Resturlaubsanspruch von 90 Tagen zusteht.

Ende 1984 erwarb der "Vermögensverwaltungsverein DIE GRÜNEN e.V. (VVV)" das "Haus Wittgenstein". Seit Erwerb wurde ich - zusätzlich neben meiner oben beschriebenen Arbeit als Bundesgeschäftsführer - erheblich mit Tätigkeiten für Konzeption, Planung, Ausbau und Tagungsbetrieb beschäftigt. Im Jahre 1986 erhöhte sich der Zeitaufwand noch ganz bedeutend, da nunmehr die reale Umbauphase begann. Es wurde klar, daß hier ein zweiter Arbeitsbereich neben meiner Tätigkeit als Bundesgeschäftsführer entstand. Wir - das bedeutet neben mir zwei weitere MitarbeiterInnen der Bundesgeschäftsstelle, die ebenfalls in starkem Maße sich mit dem Haus Wittgenstein beschäftigen mußten, sowie der Bundesschatzmeister - waren der Auffassung, daß diese Tätigkeit besonders entlohnt werden mußte. Ansonsten wäre ich nicht zu dieser Extra-Arbeit bereit gewesen. Anfangs bestand jedoch Unklarheit, wie diese Arbeit abzurechnen wäre, da ich sie eben nicht als Überstunden meiner Bundesgeschäftsführertätigkeit betrachtete. Daher wurde eine Regelung immer wieder hinausgeschoben. Ende 1986 erklärte unser Wirtschaftsprüfer uns, daß es sich hier um ein Zweit-Arbeitsverhältnis handele, das über den "Vermögensverwaltungsverein" abzurechnen sei.

Ich habe daraufhin für das Jahr 1986 den "VVV" unter dem 31.12.1986 für jeweils 34 Stunden im Monat bei einem Stundenlohn von 12,- DM den Betrag von 4.896,- DM in Rechnung gestellt und auch erhalten. Dieser Betrag ist ordnungsgemäß verbucht und die Abrechnung ist dem Finanzamt bekannt.

Irgendwelche weiteren Zahlungen in diesem Zusammenhang habe ich nicht erhalten.

Eberhard Walde

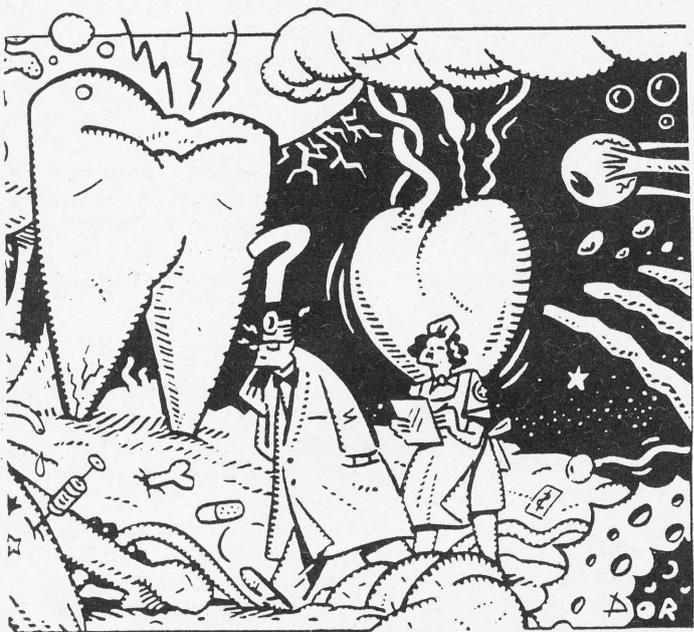


## "GESUNDHEITS-REFORM"

Wo geht's lang, Herr Blüm?

Tatü-Tata !! Tatü-Tata !!  
Ein Krankenwagen rast um die Ecke, metallene Arme greifen den Verletzten und befördern ihn auf ein Transportband. Verschiedene Detektoren kommen zur Diagnose: -Appendicitis- Vollautomatisch wird die Operation eingeleitet und durchgeführt. Vom Schaltraum aus überwacht der letzte, verbliebene menschliche Mitarbeiter das Geschehen....

Utopia 2000 ????



"Eine umfassende Strukturreform im Gesundheitswesen wird unverzüglich eingeleitet." (So Herr Kohl in seiner Regierungserklärung am 19.3. 1987)

In Angriff genommen wurde sie durch den damaligen Arbeitsminister Norbert Blüm. Doch was Herr Blüm jetzt auf den Tisch legt, verdient den Namen Strukturreform nicht mehr. Was er uns präsentiert ist nichts anderes als Kostendämpfung durch Leistungseinsparung!

Häusliche Pflege als Sachleistung der gesetzlichen Krankenversicherung und zuzahlungsfreie Festbeträge für Arzneimittel waren zwei feste Sockel, von denen aus er argumentierte und zeitweise sogar den DGB zur Unterstützung geködert hatte.

Beide Punkte sind im Gesetzesentwurf nicht mehr vorhanden. Von ursprünglich 25 Pflegeeinsätzen pro Monat, sowie eine Urlaubsvertretung für Personen, die eine(n) Familienangehörige(n) als Pflegefall zu Hause versorgen, ist nur die Bezahlung einer Pflegekraft für 4 Wochen/Jahr als Urlaubsvertretung geblieben (ab 1989).

Eine Rechtfertigung (Verbesserung der häuslichen Pflege !) für die Hinnahme von Leistungseinschränkungen ist somit hinfällig geworden.

Ein Solidarbeitrag von 1,7 Mrd. DM der Arzneimittelhersteller ( vor einem Jahr noch groß in der Presse!) ist uneinbringbar. ( Wer hätte das auch anders gedacht?)

Seine volle Ohnmacht zeigt sich beim Versuch, Festpreise für Arzneimittel einzuführen und die Zahl der Arzneimittel zu verringern. Zuzahlungsfreie Arzneimittel wird es einige geben, die große Palette aber wird für Zuschläge bis 15 DM je Medikament freigegeben.

Als Angebot wirft Herr Blüm stattdessen zwei Bonbons vor die Füße der Patienten, die sich bei genauer Betrachtung als unsinnig erweisen: "Der Gesundheits-Check-Up für über 35jährige" ist ebenso teuer, wie medizinisch nutzlos. Wer sich etwas im "Medizinischen" auskennt, weiß, daß sich hierbei nur eine Menge detaillierter Befunde anhäufen, die sich nicht mehr in vernünftige Therapie umsetzen lassen. In der Sozialmedizin ist man beinahe einstimmig der Auffassung, daß derartige Programme den Patienten nicht helfen und nichts weiter sind als teure Beschäftigungsprogramme für Ärzte.

Eine weitere Geldverschwendung liegt in den Modellversuchen zur Beitragsrückerstattung. Dies bedeutet eine Umverteilung; der Kranke bezahlt mehr Beitrag als der Gesunde, d.h. eine Pervertierung des Solidarprinzips.

Was bleibt sind Änderungen im Leistungsrecht:

- Es entfällt das Sterbegeld
- Fahrtkosten zum Arzt entfallen alle (Ausnahme: Härtefälle)
- bei Krankenhausbehandlung werden nur Fahrtkosten über 20 DM ersetzt
- drastische Erhöhungen der Zuzahlung bei Zahnersatz und anderer Heilhilfsmittel, bestimmter Behandlungen (Massage...)
- .....
- .....
- .....

Solcherlei Änderungen gehen eindeutig zu Lasten der Versicherten, eindeutig zu Lasten von alten Menschen, chronisch Kranken und Hilfsbedürftigen.

Der gesamte Entwurf hat zudem einen ausgesprochenen Kontrollcharakter. Besonders deutlich wird dies durch die geplante Einrichtung des "Medizinischen Dienstes" (MD). Der MD dient zur Überprüfung der Arztabrechnungen, was ja noch zu vertreten wäre; er tritt aber auch dann in Aktion, wenn es heißt, auf Verlangen des Arbeitgebers "Kranke" zu überprüfen, bei jeder Krankheit, sobald der Arbeitgeber Zweifel hegt an der Erkrankung.

Ca. 30 % der Dialysepatienten verdanken ihr Leiden einem zu hohen Schmerzmittelverbrauch. Deshalb wäre es sinnvoller, den Ärzten etwas mehr auf den Umgang mit dem Rezeptblock anzusprechen und dem Patienten bessere Beratung zukommen zu lassen. Dies wäre die Richtung, in die eine Reform zielen müßte!



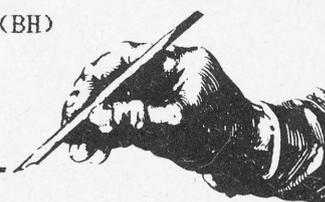
Die Gewinnorientierung einiger Weniger im Gesundheitswesen (Gerätehersteller, Pharmakonzerne, einige Ärzte....) die immerhin einen Etat von ca. 240 Mrd. DM unter sich verteilen, verhindert weiterhin gezielte Reformen.



Wir GRÜNEN meinen darum, daß unsere gesamte Gesundheitspolitik geändert werden muß. Sie muß:

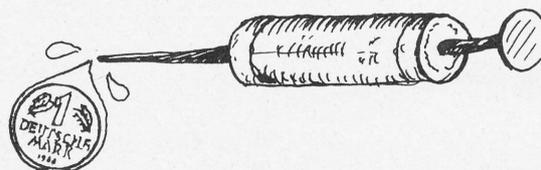
- so früh wie möglich ansetzen
- soziale Benachteiligungen ausgleichen
- der Prävention denselben Rang einräumen wie der Therapie
- das Gesundheitsbewußtsein fördern
- mehr Kooperation zwischen ambulanten und stationären Diensten fördern.
- mehr demokratische Kontrolle und Mitbestimmung bei der Verteilung der Gelder ermöglichen.

(BH)



VERANSTALTUNG  
ZUR "GESUNDHEITSREFORM"

am 24.06. um 20.30 Uhr im  
Gasthaus PFALZ in Mauer.  
Referent ist Dr.med.Jochen  
Schweitzer aus Heidelberg.  
Gleichzeitig findet dort  
auch die Kreisversammlung  
der GRÜNEN statt(20.00Uhr).



## GRIFF IN DEN STEUERTOPF

Es ist schon ein besonders dreistes Bubenstück. Da werden z.B. durch die "Strukturreform des Gesundheitswesens", für die Herr Blüm verantwortlich zeichnet, demnächst die kranken Menschen verstärkt zur Kasse gebeten, werden Leistungen des Arbeitsamtes gestrichen, verschiedene Verbrauchssteuern erhöht, alles weil der Bund so hoch verschuldet ist. Aber eine "Superkoalition" aus CDUCSUFDPSPD" bedient sich ungeniert in die eigenen Taschen. Die Diäten der "armen" Bundestagsabgeordneten sollen um 3,25 Prozent angehoben werden. Die Damen und Herren verfügen dann über ein zu versteuerndes Einkommen von 9013 DM im Monat und einen steuerfreien Einkommensanteil von 5155 DM monatlich. Wie die das bisher bloß geschafft haben, über die Runden zu kommen, ohne am Hungertuch zu nagen? Den Gipfel der Unverschämtheit stellt aber eine neue "Errungenschaft" dar, auf die sich die "Superkoalition" verständigt hat. Zu einer ausreichenden Grundrente für alte Menschen sind CDUCSUSPDFDP bisher nicht zu bewegen, aber eine Art Grundrente von 3,4 Mio DM im Jahr pro Parteiapparat zusätzlich zur Wahlkampfkostenerstattung wollen sie sich in Zukunft bewilligen.

Die GRÜNEN im Bundestag lehnen diese beiden Selbstbedienungssaktionen der Altparteien entschieden ab. In der Frage der neuen Grundvergütung für die Parteien prüfen sie die Möglichkeit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht.

(1n)



## DAS PASST !

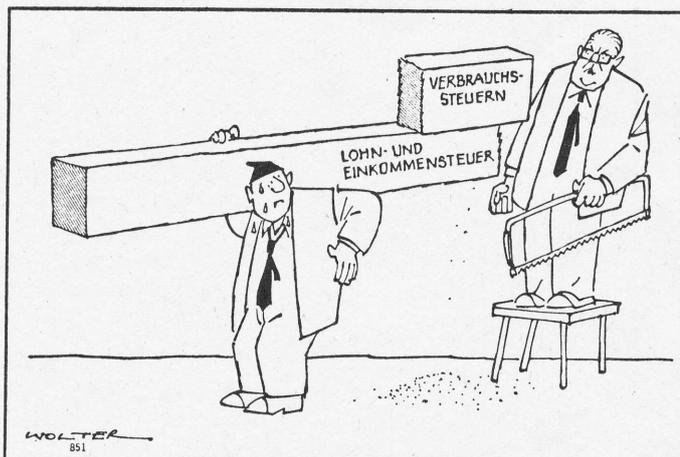
Am 23. Juni will die Bundesregierung mit den Stimmen von CDUCSUFDP die Steuerreform absegnen lassen. Gerade werden in diesen Fraktionen die letzten Veränderungen festgeklopft.

Die Befreiung der Privatflieger (wie z.B. Herr Strauß) von der Mineralölsteuer steht jetzt schon fest. Sie kennzeichnet das Stoltenberg'sche "Jahrhundertwerk" treffender als umfängliche Erläuterungen der einzelnen Beschlüsse. Die oberen Etagen in dieser Gesellschaft haben den Gewinn bei dieser Reform, die unteren das böse Erwachen, wenn ein paar geringfügige Vorteile hintenrum gleich durch die Erhöhung diverser Verbrauchssteuern mehr als aufgeessen werden.

Außerdem werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht und gleichzeitig die Leistungen für jüngere Arbeitslose gekürzt.

übrigens: Herr Stoltenberg plant die Einführung einer Erdgassteuer. Ob das diese verhältnismäßig sauberen Energie besonders attraktiv macht, wenn Wiesenbach demnächst tatsächlich an das Erdgasnetz angeschlossen werden sollte?

(1n)

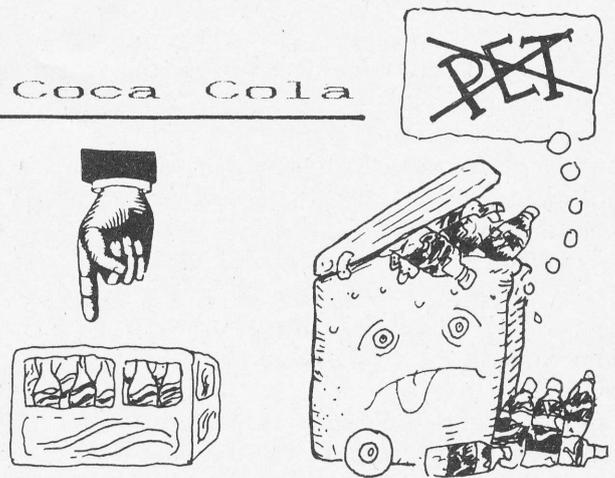


„Na, gib's zu — eine spürbare Erleichterung, was wir da gekürzt haben!“

Unserem GRÜNEN BOTEN liegt diesmal ein Flugblatt zur Einwegkunststoffflasche PET bei, die von der Firma Coca-Cola auf den Markt gebracht wird.

Nach unserer Informationsveranstaltung im "Lowen" hatten wir beschlossen, uns in Wiesenbach umzusehen, ob dieses abfallbelastende PET auch hier schon im Handel erhältlich war. Während bei Wirrlach noch die alte Mehrweg-Pfandflasche zu haben war, gibt es bei Getränke-Schrödel zur Zeit beide Flaschen, die Mehrwegflasche und die neue Kunststoff-Einwegflasche. Wir baten daraufhin Herrn Schrödel um ein Gespräch, das er gerne zusagte und auch einen Vertreter der Coca-Cola-GmbH dazu einlud. Hier ein kommentierender Bericht des Gesprächs.

Freundlich war er, der Herr von Coca-Cola und recht gab er uns: es gibt wirklich schon viel zu viel Müll auf der Welt. Und so kann das auch wirklich nicht weiter gehn. Aber die Umstellung auf Einweg-Kunststoffflaschen sei eben nun mal beschlossene Sache, weil der Markt es erforderlich mache und der Verbraucher und die Verbraucherin es so wollten. Und überzeugt war er auch, daß es klappen würde mit dem Recycling - aber das wäre dann nicht mehr die Aufgabe von Coca-Cola - da gäbe es neue Recyclingfirmen und Arbeitsplätze. Unsere Bedenken, daß der gesamte Mehrwegmarkt zusammenbrechen könnte und viele Arbeitsplätze bei kleinen Brauereien wegfallen könnten, wollte der nette Herr nicht so sehen - vielmehr war er daran interessiert, zu erfahren, was die GRÜNEN denn nun vor hätten. Das konnten wir ihm sagen: natürlich hätten wir nicht vor, die Firma Schrödel zu boykottieren, wir wären schließlich gute Kunden, wenn auch nicht von diesem braunen Zuckerwasser. Allerdings wollten wir Aufklärung betreiben und auch den Gemeinderat damit befassen. Schließlich hat die Gemeinde in Wiesenbach Plakate aufgehängt mit dem Motto "Mehrweg statt Einweg".



Unser Glück sollten wir versuchen und die Verbraucher aufklären, wir würden wohl kaum den Siegeszug von PET aufhalten, meinte der Coca-Cola-Vertreter. Natürlich hätte er Verständnis für uns, aber wir sollten auch verstehen, daß der Konkurrenzkampf (mit Pepsi, die Red.) eben so hart sei. Und schließlich könne er gar nicht verstehen, warum wir was gegen Coca-Cola hätten, schließlich würden andere Firmen Einweg-Verpackungen en masse herstellen. Da gaben wir ihm dann wieder recht, klärten ihn aber auf, daß wir schon seit Bestehen der GRÜNEN für umweltfreundlichere Verpackungen sind, also natürlich auch gegen Weißblech-Dosen oder PVC-Flaschen von anderen Produzenten. Herr Schrödel erzählte uns, daß der Einweganteil nur etwa 2 % seines Verkaufes ausmache (also nur noch 1,99% zu viel, die Red.) - aber weil wir jetzt durch die PET-Offensive von Coca-Cola schlimmeres erwarten, deshalb waren wir schließlich da.

Witzig am Rande: 1l Cola Mehrweg kosten 1,30DM, 1,5l Einweg 2,28DM, wer also die umweltbelastende Einwegflasche kauft zahlt auch noch mehr.

Bleibt nachzutragen: der freundliche Coca-Cola-Vertreter sieht die zunehmende Belastung der Umwelt, er hat ja auch Kinder, wie er sagt. Aber er hat einen Job in der "Marktwirtschaft", und da rechtfertigt die Konkurrenzsituation ein umweltschädliches Verhalten. Am Arbeitsplatz nimmt er die Zerstörung von Umwelt hin, in seiner Freizeit hält er diese für bedrohlich. Es ist dieses gespaltene Bewußtsein, diese künstliche Unterscheidung von Lebens- und Arbeitswelt, die uns in die Umweltkatastrophe treibt.

## Die Wahlen in Frankreich So wählte Donnery

Bei den Parlamentswahlen in Frankreich stimmte Donnery für den bisherigen Abgeordneten, Monsieur Duffiage. Duffiage, Kandidat des konservativen Wahlbündnisses VRC, erhielt im zweiten Wahlgang 515 Stimmen. Der Kandidat der Sozialisten konnte 471 Stimmen für sich verbuchen.

Bei den vorangegangenen Präsidentschaftswahlen stimmten im zweiten Wahlgang 611 Wahlberechtigte für den Konservativen Jacques Chirac, der amtierende Präsident François Mitterand, Kandidat der Sozialisten, erhielt 535 Stimmen. Im ersten Wahlgang votierten 60 WählerInnen für die Kandidaten der französischen GRÜNEN. Die Ergebnisse für LePen und seine rechtsextreme Nationale Front lagen im Landesdurchschnitt.

(ln)

## RENNBAHNEN

Am Pfingstsamstag kam es zu einem schweren Verkehrsunfall auf der Kreisstraße nach Neckargemünd. Ein Motorradfahrer aus Wiesenbach wurde auf der Linksabbiegerspur in die Postsstraße von einem entgegenkommenden Sportwagen erfaßt, der mit 130 km/h aus der Bahn geschleudert war. 50 Stundenkilometer sind dort erlaubt!

Die Kreisstraße ist breit wie eine Rennbahn. Wer solche Straßen baut, darf sich nicht wundern, wenn auf ihnen schnell gefahren wird, zu schnell.

Der Motorradfahrer vom Pfingstsamstag hat Glück gehabt, er ist mit einem blauen Auge davongekommen. Der Sportwagenfahrer auch.

Aber es hat auf dieser Straße schon Tote und Schwerverletzte gegeben, und der letzte schwere Unfall ist der Zusammenstoß an der Poststraße sicher nicht gewesen.

(ln)



IMPRESSUM "DER GRÜNE BOTE" Nr. 2/88

Zeitung der "GRÜNEN" Wiesenbach  
V.i.S.d.P. Bernhard Hofmann  
Panoramastrasse 40  
6901 Wiesenbach

Auflage: 850

Die Meinung der Autoren stellt nicht in jedem Falle die Auffassung der Redaktion dar.